Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
Einschließlich 5 Heller Porto

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Dr. Dohmen u. Verlagsanstalt: Drag II, Telčanská 16 • Telč: 26703, 31469, Radčiradka, (20 21 11, 12) 33558 • Postfachamt: 57344

13. Jahrgang.

Sonntag, 19. Februar 1933

Nr. 43.

Die Zukunft trotz allem dem Sozialismus!

Ein mutiger Brief Thomas Manns.

Berlin, 18. Febr. (Eigenbericht.) Bei der Kundgebung „Für Freiheit, Volk und Sozialismus“, die morgen in Berlin vom sozialistischen Kulturbund veranstaltet wird, wird eine Zuschrift verlesen werden, die Thomas Mann an den Kulturbund gerichtet hat. Es heißt darin u. a.:

Ich will das Bekenntnis erneuern, das ich schon vor zwei Jahren abgelegt habe, das Bekenntnis zur sozialistischen Republik und zur Überzeugung, daß der geistige Mensch bürgerlicher Herkunft an die Seite des Arbeiters und der Sozialdemokratie gehört. Der Sozialismus ist nichts anderes als der pflichtgemäße Entschluß sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen. Die Deutsche Republik einen Sinn geben wollen. Wie stark sie im Grunde ist und welche Folgen und unerschütterlichen moralischen und politischen Kräfte ihr auch heute noch zur Seite stehen, wo scheinbar das Feindliche triumphiert. Das demokratische und sozialistische Deutschland kann vertrauen, daß die gegenwärtige Konstellation vorübergehend ist, daß die Zukunft trotz allem dem Sozialismus gehört!

Die Presseknobelung geht weiter!

Berlin, 18. Febr. (Eigenbericht.) Es scheint, als ob die Reichsregierung mit der Anhebung der freien Meinungs so weit gehen will, daß in Deutschland überhaupt nur noch Regierungsblätter erscheinen dürfen. In Baden wurden heute an einem Tag fünf Blätter verboten, darunter drei sozialdemokratische, ein kommunistisches und zwei Zentrumspapier. Auch in Frankfurt am Main wurde das sozialdemokratische Blatt verboten.

Zentralorgan des Zentrums verboten.

Berlin, 19. Febr. Der Polizeipräsident hat nun morgen ab die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Germania“ für drei Nummern verboten. Die nähere Begründung des Verbotes steht noch aus. Auch die „Wärfische Volkszeitung“, ein Volksblatt des Bezuges für die Provinz Brandenburg, ist für denselben Zeitraum verboten worden.

Kronprinz Rupprecht bayrischer Staatspräsident?

München, 18. Febr. Hier kam es gestern im Theater beim Erscheinen des Kronprinzen Rupprecht in der Hofloge zu stürmischen Ovationen, die sich nach steigerten, als bei offener Bühne im neuen Akt die alte bayrische Staatsprämie gespielt wurde.

In diesem Zusammenhang ist folgende Meldung des „Jungdeutschen“ erwähnenswert: Der Reichspräsident empfing am Freitag den Führer der bayrischen Volkspartei Staatsrat Schäffer. In politischen Kreisen geht man hier auf die Aussprache große Bedeutung legt. Bayern hat sich an und für sich in der letzten Zeit gegenüber dem Reich äußerst zurückgehalten. Es fanden nur Vermutungen auf, daß ein wesentlicher Grund dafür darin liegen könne, daß der schon früher des öfteren aufgetauchte Plan, in Bayern einen Staatspräsidenten zu wählen, ernsthaft in Betracht gezogen zu werden. Als Kandidat für dieses Amt taucht verschiedentlich der Name des Kronprinzen Rupprecht auf.

Nie mehr...?

Essen, 18. Febr. Vor etwa 10.000 Zuhörern sprach hier heute abends der Reichspräsident Dr. Brüning. Er sprach u. a. aus am 30. Januar d. J. habe sich ein grundstürzender Wandel des Systems vollzogen. Nachdem der Nationalsozialismus einmal die Macht ergriffen habe, werde er sie nie mehr aus der Hand geben.

Frau Hermine unterhandelt...

Berlin, 18. Febr. Die Frau des ehemaligen Kaisers Wilhelm, Hermine, ist zum Besuche ihrer Tochter in Berlin eingetroffen. Es verlautet, daß die Gemahlin des ehemaligen Kaisers ihren Aufenthalt in Berlin auch in Unterredungen mit politischen Persönlichkeiten benützen wird.

Westböhmisches Proletariat fordert Arbeit und Brot.

Eine große Vertrauensmännertagung in Neudek. — Riesiger Aufmarsch der Arbeiterschaft des Neudeker Bezirkes.

Neudek, 18. Febr. (Eigenbericht.) Angesichts der unaußhaltbar fortschreitenden Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Häufung des Massenelends hat die Kreisvertretung der westböhmisches Sozialdemokratie die Vertrauensmänner der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden und Bezirken für heute zu einer großen Vertrauensmännertagung nach Neudek einberufen. Mehr als 700 Vertreter aus allen Bezirken Westböhmens von Aisch bis Weipert und Vordersom hatten sich heute vormittags im großen Saale der Neudeker Turnhalle eingefunden, um auszusprechen, daß die Not in Westböhmen einen unextrahierbaren Grad erreicht hat. Von den Parlamentariern Westböhmens nahmen an der Tagung teil die Abgeordneten de Witte, Blatny, Kay, Kaufmann, Bohl und Müller sowie Senator Palme. Das Referat erstattete

Genosse de Witte,

der darauf hinwies, daß das schöne, feuchte Westböhmen heute ein hungerndes Land geworden ist. Noch amlichen Berichten sind in Westböhmen 72.000 Menschen ohne Arbeit. Was geblieben ist an Lebensmöglichkeiten, das haben die Sozialdemokraten erkämpfen müssen. Neue Anschläge bedrohen die Arbeiterschaft, gegen die wir uns wehren müssen. Wenn aber die Kommunisten „Hungerdemonstrationen“ veranstalten, an denen auch Mitglieder des Bundes der Landwirte teilnehmen und die Anhänger der übrigen bürgerlichen Parteien, haben wir damit nichts zu tun. Beim Aufstehen von Demagogen und Arbeiterfeinden hat die ehrliche Arbeiterschaft nichts zu suchen! Der Bürgerblock hätte nichts vorgeföhrt für die Zeit der Not. Die Kaufleute und Gewerbetreibenden haben zum großen Teil mitgeholfen, daß der Bürgerblock zustande kam, heute wissen sie, daß sie zugrunde geben müssen, wenn die Arbeiter nichts haben!

In der Unterstüfung der Arbeitslosen haben die westböhmisches Gewerkschaften Uebermenschliches geleistet.

Sieben freie Gewerkschaften Westböhmens haben in den letzten drei Jahren 49.376.000 Kč an Unterstüfungen ausbezahlt. Was sind dagegen die „Hilfsleistungen“ des Bürgerblocks? Das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Sozialdemokraten das Fürsorgeministerium übernommen hätten! Tausendfüßiges Leid ist durch die Hilfe der Sozialdemokratie gemindert worden. Man muß bedenken, daß die Kontingente im Ministerium eine Zweidrittelmehrheit hat; und doch war es möglich, der Ernährungskontingente in Westböhmen im Jahre 1930 17 Millionen, im nächsten Jahre bereits 15,5 und im Jahre 1932 sogar 26 Millionen zuzuföhren; dazu kamen für die Milchkontingente 32 und für die produktive Arbeitslosenstüfung 8 Millionen.

Aus den Leistungen der freien Gewerkschaften in der Unterstüfung des Staatsbeitrages und den Unterstüfungsaktionen ergibt sich für die drei Jahre ein Gesamtbeitrag von 107 Millionen!

Das, was wir da geleistet haben, ist auch ein Stück Klassenkampf; was wir erzielt haben, mußte Heller für Heller den anderen abgerungen werden!

Genosse de Witte besprach dann eingehend unsere Forderungen und erklärte:

Wir wollen, daß man unseren Protest in Prag hört, aber wir wollen er zuerst genommen werden

den, als die Schreier und Krakeeler, die da herumlaufen. Wir wollen nichts zu tun haben mit jenen Geistes, die den deutschen Faschismus begrüßen, wir wollen keine Einheitsfront mit den Hilstruppen des Kapitalismus!

An der Aussprache beteiligten sich eine ganze Reihe von Rednern aus allen Industriezweigen, die erschütterndes Tatsachenmaterial zur Kenntnis brachten.

Am Schluß der Tagung wurde einstimmig eine Entschliesung angenommen, in der festgesetzt wird, daß es die primitivste Pflicht eines kapitalistischen Staates ist, die Opfer des kapitalistischen Systems vor dem völligen Zugrundegehen zu bewahren. Es wird gegen die Bemühungen der bürgerlichen Parteien protestiert, die sozialdemokratische Arbeit zu durchkreuzen, und auch gegen alle Versuche, die Ernährungshilfe einzuschränken, sowie gegen die Absicht, die Landesbürokratie mit der Durchführung der Ernährungsaktion zu betrauen, scharfer Protest eingelegt. Die Konferenz verlangt die Erhöhung der Zuweisungen für die produktive Arbeitslosenstüfung und eine Sanierung der Gemeindefinanzen. Die Konferenz erhebt die Forderung, daß die Vorlage auf Einföhrung der Bierstundendauer endlich parlamentarisch verabschiedet werde. Schließlich wird die entsprechende Beteiligung Westböhmens an allen Staatsausgaben und ein entsprechender Anteil am Ertrage der Investitionsanleihe verlangt. Zur schleunigsten Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten kann das Schlimmste verhindern, nur reichliche Hilfestellungen können inzwischen die Bevölkerung des Erzgebirges und des Egerlandes vor dem völligen Untergang bewahren!

Die Demonstrationsversammlung.

Für den Nachmittag hatte die Bezirksorganisation Neudek die Arbeiterschaft dieses Bezirkes zu einer Demonstrationskundgebung aufgerufen. In Massen kamen die Arbeiter aus den entlegenen Orten des Bezirkes, viele nur mangelhaft bekleidet, aber alle in prächtiger Kampfstimmung. In langen Reihen marschierten die Arbeiter in die Bezirksstadt ein, die bald völlig unter dem Eindruck dieser Kundgebung stand. Es formierte sich ein langer Demonstrationenzug, der dann zum Marktplatz marschierte, wobei Ordnerketten erst den Platz für die Versammlung räumen mußten. Der ganze riesige Marktplatz war von Versammlungsteilnehmern erfüllt. Lange Züge von Ordnern, Jugendlichen in ihrer leidigen Tracht und eine ungeheure Menschenmenge gaben der Demonstration ein würdiges Bild. Ein Lautsprecher brachte die Reden der Genossen de Witte, Kaufmann, Gänzel und Kay auch den Fernstehenden zu Gehör.

Wiederholter stürmischer Beifall unterstüf die Ausführungen der Redner. Der am Vormittag beschlossene Resolution wurde einstimmig zugestimmt und begeistert stimmten die Massen am Schluß der Kundgebung in das Hoch auf die Sozialdemokratie ein.

Es war eine wuchtige Kundgebung, wie sie in dieser Größe Neudek schon lange nicht gesehen hat. In aller Ordnung, so, wie sie gekommen waren, zogen die Demonstrationen wieder heimwärts.

Kriegsreden und Ultimaten im Fernen Osten.

Tschenteju, 18. Febr. Der Gouverneur der Provinz Jehol, General Tan Julin, erklärte Freitag, die Japaner würden aus ihrem Vormarsch zum Stillstehen gezwungen werden, wenn sie den Versuch unternahmen sollten, in die Provinz Jehol einzuföhren. Wir werden bis zum letzten Manne zu kämpfen wissen, erklärte der General, um es ihnen unmöglich zu machen, sich Jehols zu bemächtigen. Ich bin auch fest überzeugt davon, daß sie auch nicht einen Schritt vorwärts kommen werden. Meine Truppen sind

gegenüber der chinesischen Regierung loyal. Wir vertrauen auf den Erfolg unserer Verteidigung um so mehr, als wir vom Süden her bedeutende Verstärkungen erhalten werden. Die Japaner haben, wie aus offizieller chinesischer Quelle verlautet, an den chinesischen Befehlshaber in Kailu (Nordost-Jehol) ein Ultimatum gefandt, in dem sie ihn zur unbedinglichen Räumung der Stadt aufforderten, widrigenfalls sie die Stadt angreifen würden. Die Chinesen haben sich entschlossen, das Ultimatum zu ignorieren.

Der Osthilfeskandal.

Die Aufdeckung des Osthilfeskandals, der ärgsten Korruptionsaffäre des Nachkriegsdeutschland, bildete eine der wesentlichsten Ursachen für den Sturz des Reichskanzlers Schleicher durch die ostelbischen Junker, welche die Osthilfe in verantwortungsloster Weise für ihre eigene Bereicherung und Fortföhierung ihrer beispiellosen Mißwirtschaft mißbraucht hatten.

Das Osthilfegesetz vom 31. März 1931 hatte zwei Ziele: die Ablösung der kurzfristigen Schulden der Landwirte durch langfristige Kredite, welche durch das Reich und das Land Preußen garantiert wurden und eine freiwillige Schuldensanierung dergestalt, daß die Gläubiger gegen Verminderung des Forderungsbetrages für den Rest ihrer Forderungen die Reichs- oder Staatsgarantie und außerdem einen Teil dieses Restes sofort in bar zur Auszahlung bekommen sollten. Für diese Umschuldungsarbeiten wurden 850 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Nach § 14 des Osthilfegesetzes war jedoch die Umschuldung der Betriebe an folgende Voraussetzungen geknüpft: 1. Gefährdung des Bestandes des Betriebes, 2. Möglichkeit der Erhaltung des Betriebes durch Erleichterung seiner Kreditverhältnisse, 3. Gewähr für eine erfolgreiche Fortföhierung des Betriebes durch den Inhaber und 4. die Verwendung ausschließlich deutscher Arbeitskräfte.

Das Osthilfegesetz hatte nicht die gewünschte Wirkung. Die Gewerbetreibenden, Händler und Genossenschaften waren infolge ihrer eigenen Verschuldung nicht zu großen Abstrichen von ihren Forderungen bereit, um so weniger als der einzige Vorteil, der sie dazu hätte bewegen können, nämlich die sofortige Barauszahlung einer erheblichen Quote, durch die Beschränkung der Mittel ihnen nicht geboten werden konnte. Ueberdies verhielten sich die Lage der Betriebe so sehr, daß man eine große Zahl von ihnen als sanierungsunfähig hätte ausscheiden müssen. Auch durch die Verteilung der Güter wäre nur ein Teil der Gläubiger kaum zu seinem Geld gekommen.

Durch die Rotverordnung „zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Umschuldung im Osthilfeggebiet“ vom 17. November 1931 wurde daher das Umschuldungsverfahren durch das Sicherungsverfahren erweitert. Alle Betriebe, die dem Umschuldungsverfahren unterliegen, genießen seitdem für dessen Dauer ein Moratorium. Außerdem wurde aber bestimmt, daß der Umschuldungsplan alle Forderungen, ausgenommen allein erstinstellige Hypotheken, auch ohne Zustimmung des Gläubigers auf die Hälfte und der Zinsfuß auf 4% herabgesetzt werden kann, wobei dieser Umschuldungsplan lediglich der Bestätigung durch die Landstelle, also eine Verwaltungsbehörde, bedarf. Durch diese Rotverordnung wurde der Kreditmarkt im Osten Deutschlands vollkommen zerstört, niemand war mehr bereit, den Landwirten Kredit zu gewähren, da er befürchten mußte, daß auch ihm ganz einseitig seine Forderung auf die Hälfte verkürzt werden könnte.

Diese gewalttätigen Eingriffe in die Rechte der Gläubiger, und vor allem auch der kleinen Gläubiger, hätten nur dann für alle Beteiligten Hilfe bringen können, wenn durch eine möglichst rasche Abwicklung des Verfahrens klare Verhältnisse über die Höhe der Schuldsummen geschaffen worden wären und durch schnelle Beendigung der Sicherungsverfahren der landwirtschaftliche Kreditmarkt wieder verflüssigt worden wäre. Doch trat gerade das Gegenteil ein: nach mehr als zweieinhalbjähriger Tätigkeitsleistung der Osthilfeaktion ist noch immer mehr als die Hälfte der Umschuldungsanträge unerledigt. Hierfür sind offenbar Genehmigungen verantwortlich, die das Ende abschließender Sicherungsverfahren verzögern. Diese Genehmigungen sind auf politische

Einflüsse zurückzuführen, die sich für den Schutz der großen Sanierungs- u. n. fähigen Betriebe eingestellt haben.

Wenn man bedenkt, daß das Sicherungsverfahren nur dann bewilligt werden darf, wenn der Betriebsinhaber „außerstande ist, ohne wesentliche Beeinträchtigung der Vorbereitung und Einbringung der nächsten Ernte seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen“ und die Betriebsmittel „zur Sicherung der notwendigen Bedürfnisse des Betriebsinhabers und seiner Familie zu verwenden sind“ (zitiert nach der Normenordnung vom 17. November 1931), so ist kein Wort scharf genug, das Vorgehen vieler ostelbischer Junker zu verdammen, die zuerst die Mittel der Osthilfe und des Sicherungsverfahrens in Anspruch nahmen und dann das Geld in Deutschland oder in ausländischen Vermögenswerten verprahten, verpielten und verburten.

Es handelt sich bei der Osthilfe nicht um kleine Beträge, sondern um eine Versumme von mehr als acht Milliarden Mk. Die aufgedeckten, und wahrscheinlich noch mehr die unaufgedeckten Korruptionfälle überreffen bei weitem alles, was Deutschland bisher an Wirtschaftskandalen erlebt hat. Diese Korruptionisten von „christlich-deutscher“ Gesinnung spielen heute die große Geige in Deutschland und predigen der dem Elend preisgegebenen deutschen Arbeiterklasse nationale Würde und nationale Aufopferung. Eugen Berg und Hitler als die Schützer der ostelbischen Junker bei ihrer brutalen Ausplünderung des deutschen Volkes, das gibt uns einen trefflichen Vorgeschmack von dem kommenden „christlichen, nationalen, Dritten Reich“.

Die Wahl nur eine Komödie!

„Wie die Wahl auch ausfällt, diese Regierung bleibt oben.“

Köln, 17. Febr. In einer von der Deutschnationalen Volkspartei einberufenen Wahlkundgebung der Kampffront „Schwarz-weiß-rot“ sprach heute abends der Führer der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberschönbach. Die Deutschnationalen seien, so führte er aus, dem Nationalsozialismus dankbar, daß er den Gedanken der einseitigen Parteidiktatur aufgegeben habe. Die neue Verbindung der nationalen Kräfte sei allerdings der letzte Trupp der nationalen Bewegung. Vor allem müsse ein Zurückweichen in den Parlamentarismus verhindert werden. Man habe allerdings von der neuen Regierung zunächst Handlung und Leistung erwartet statt der Ausschreibung der Wahlen. Mit der Säuberung der preussischen Verwaltung sei noch nicht alles getan. Darüber herrsche kein Zweifel.

Wie die Wahl auch ausfalle, diese Regierung bleibt oben.

Nach der Wahl werde nicht mehr Parlament gespielt, sondern die Regierung bekomme ein Ermächtigungsgesetz, und der Reichstag werde nach Hause geschickt. Besondere Aufgabe der Wirtschaftspolitik sei die endliche Niederwerfung des Sozialismus, Klärung der Schuldenfrage, nochmalige endgültige Aufwertung des Kreditproblems, und nicht zuletzt die Beseitigung der Kriegsschuldlage.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel. Coverbild von Hagedreiter-Verlag, Berlin. Raucher verboten.

Da aber hatte Males ehemalige Zimmervermieterin als neue Belastungsgewinn das Fräulein Molly Habentisch angeben. Males entsann sich wohl, daß sie der Frau einmal geliegt hatte, wie in dem Hinterzimmer mit dem schmerzigen Sofa und der rotüberhängten Lampe Wein und Viktor getrunken werde. Sie fragte Herrn Feder, was sie denn eigentlich bei dem ganzen Handel solle. Sie verfiel sich, als er ihr sagte, daß sie in den nächsten Tagen eine Vorladung als Zeugin vor Gericht zu erwarten habe. Selbstverständlich werde sie beschwören, daß in der „Walhalla“ ihres Wissens niemals Alkohol ausgeschenkt worden sei. Males fuhr hoch. Was ihm denn einfallen. Ob er wirklich glaube, daß sie feinetwegen oder seiner Frau wegen einen Meineid schwören würde. Er grinste überlegen. „Ja, mein Hebes Fräulein Molly, es fällt mir gar nicht ein, Sie zu einem Meineid anzulassen. Das dürfen Sie nicht sagen. Ich will Sie nur auf Ihr persönlichstes Interesse hinweisen. Die Sache ist doch so: wenn Sie vor Gericht bezeugen, daß bei uns alkoholische Getränke an die Gäste gegen Bezahlung gegeben worden sind, dann fallen Sie doch selber rein. Dann wären Sie doch mitschuldig. Haben Sie denn gar nicht daran gedacht? Vor Gericht wären Sie genau so schuldig wie wir, denn Sie waren doch die Kellnerin. Sie haben noch die alkoholischen Getränke verkauft, und Sie werden nach dem Gesetze genau so bestraft wie der Wirt, der das duldet. Ja sogar noch schlimmer, denn ich und meine Frau werden bezeugen, daß Sie den Alkoholausschank ohne unser Wissen auf eigene Faust betrieben haben.“

Das Schlußwort des Fürsorgeministers.

Was die produktive Arbeitslosenfürsorge bisher geleistet hat.

Prag, 18. Febr. Zur sozialpolitischen Debatte im Budgetausschuß des Senates ist noch das Schlußwort nachzutragen, in dem Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech vom Standpunkt seines Ressorts aus wiederum die Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund seiner Betrachtungen stellte.

Eine der speziellen Aufgaben, die dem Fürsorgeministerium nach dieser Richtung gestellt sind, ist die

produktive Arbeitslosenfürsorge.

Was das Fürsorgeministerium nach dieser Richtung trotz der Geringfügigkeit der Mittel in den Jahren 1930 bis 1932 leisten konnte, das gibt der Arbeit des Fürsorgeministeriums sicherlich nur ein gutes Zeugnis.

In dem oben erwähnten Zeitabschnitt erledigte das Fürsorgeministerium 11.731 Gesuche der Selbstverwaltungskörper durch Leistung von Lohnzuschüssen in folgenden Fällen:

Bau und Herstellung von Gemeindevägen und Gassen in	1124
Bau und Herstellung von Straßen in	2548
Bau von Wasserleitungen und Kanalisierungen in	1879
Bau und Reparatur öffentlicher Gebäude in	1379
Regulierungsarbeiten, Bau von Brücken und Badeanlagen in	879
Meliorationsarbeiten in	594
Arbeiten in Steinbrüchen in	300
Erdbauarbeiten in	292
Aufforstungs- und Kultivierungsarbeiten	266
zusammen in	11.731

Durch den Staatszuschuß, den das Fürsorgeministerium den Gemeinden und Bezirken zur Ermöglichung des vorangeführten Bauführungen leistete, haben 387.000 Arbeiter durch drei Monate Arbeit gefunden.

Gleichzeitig wurde aber der staatliche Aufwand für Arbeitslosenfürsorge um einen außerordentlich erheblichen Betrag abgeburdet. Dabei handelt es sich nicht um sogenannte „Hungermännern“, die ausschließlich zur Beschäftigung der nach Hunderttausenden Arbeitslosenarmee aufgeführt werden, sondern um durchaus reale, produktive und wirtschaftlich notwendige Arbeiten!

Für die beim Fürsorgeministerium erfolgenden 3622 neuen Gesuche würde das Fürsorgeministerium rund 45 Millionen zur Bewilligung von Lohnzuschüssen benötigen und dadurch die Realisierung eines nach Hunderten von Millionen zählenden Bauaufwandes ermöglichen und der Beschäftigung vieler Tausender Arbeitsloser die Wege ebnen.

Zur Frage der Rationalisierung

Die von einer ganzen Reihe von Debatteurendern zum Gegenstande der Erörterung gemacht wurde, bemerkte der Minister, daß die sogenannte planlose Rationalisierung einer der größten Sorgen des Fürsorgeministeriums bilde. Sofort nach Übernahme des Amtes hat der Fürsorgeminister dafür Sorge getroffen, daß das Rationalisierungsproblem den Gegenstand genauester und fortlaufender Beobachtung und Verarbeitung durch die Gewerbeinspektorate bilde. Diesen Vorjahren verdanken wir heute die Kenntnis der neuen Arbeitsmethoden unserer Industrie und der Auswirkungen, die sie einerseits auf den gesamten Produktionsprozeß und andererseits auf die industrielle Arbeiterschaft unserer

Landes haben. Die gewonnenen Erfahrungen haben schließlich zu dem Gesetzesentwurf auf Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Als er eingebracht wurde, handelte es sich um internationalen Maßstäbe lediglich um einen vorläufigen Schritt.

heute aber haben sich bereits 21 Staaten, darunter solche von großer industrieller Bedeutung, zu der Überzeugung durchgerungen, daß die unheilvollen Folgen der planlosen Rationalisierung nur durch Verkürzung der Arbeitszeit aus der Welt geschafft werden können.

Ueberzeitbewilligung

und gesetzwidrigen Arbeitszeitüberschreitung verweist das Fürsorgeministerium neuerlich darauf, daß es gegenüber dem Jahre 1929 die Ueberzeitbewilligungen von 12,9 Millionen auf 1,2 Millionen herabgedrückt hat. Wenn behauptet wird, daß die Fälle der gesetzwidrigen Ueberzeitarbeit überhand nehmen, so sei auf den außerordentlich überlasteten Gewerbeinspektionsdienst, vor allem aber darauf verwiesen, daß dem Gewerbeinspektorate in Fällen des Zuwiderhandelns schwere Exzessive fehle, da sie nach den Gesetzen anderer Ressorts überantwortet ist. Diesen Anomalien will das Fürsorgeministerium durch seinen Gesetzentwurf über die Arbeitsinspektion steuern.

Gegenüber den in der Debatte geäußerten Bemerkungen über die Wirksamkeit der Sozialversicherungsanstalten und vor allem über die „unvollständige Aufspaltung“ von nach Milliarden zählenden und brachliegenden Kapitalen verweist der Fürsorgeminister auf die soziale Funktion dieser Kapitalien, die in einem Ausmaß von vielen Milliarden in den Dienst der Gesundheit gestellt sind und denen die Produktion und die Wirtschaft einen Großteil der Beschäftigung und die Arbeiterschaft Arbeit und Verdienst verdankt.

Der Minister kam dann auf die Jugendfürsorge zu sprechen. Deren Höhe er in sehr eingehender Weise schilderte. Er berichtete auch über die zwischen den einzelnen Ressorts und der Zentralsozialversicherungsanstalt schwebenden Verhandlungen betreffend die Sicherung der Mutterberaungstellen. Der Minister hofft, daß die schwebenden Verhandlungen zu einem günstigen Abschluß führen werden.

Ueber eine Anfrage erklärte der Fürsorgeminister, daß sich auch im heurigen Jahre — wenn auch nicht in dem vorjährigen Ausmaß — mit einer Vorkleidungsaktion für die Kinder der Arbeitslosen rechnen lasse und daß das Fürsorgeministerium eben daran sei, diese Aktion vorzubereiten.

Am Schluß berichtete der Minister über den derzeitigen Stand der Heilfürsorge für Arbeitslose, deren Ermüdung, wie die bereits bestehenden 190 Bezirkskomitees erweisen, die besten Fortschritte mache. sowie über

das Schicksal der Wohnungsvorlage.

welche — schon im Hinblick auf das am 31. März zu Ende gehende Provisorium — die Regierung sowie die entscheidende parlamentarische Stelle schon in aller nächster Zeit beschaffen wird.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß er mit gutem Gewissen vor den Ausschuh getreten sei im Bewußtsein, seine Pflicht erfüllt zu haben. Er wird dankbar sein, wenn er noch wie vor in seiner schweren und verantwortungsvollen Arbeit unterstützt wird.

Holler verteuert das Holz

Berlin, 18. Febr. In der heutigen Ausgabe des deutschen Reichsanzeigers wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Preise für Holz neu geregelt werden. Diese Preiserhöhungen waren notwendig, um der schwer notleidenden deutschen Volkswirtschaft in stärkerer Weise, als das bisher möglich war, den deutschen Markt zu sichern, um überflüssige Einfuhren fernzuhalten. Die durch diese Maßnahme zu erwartende Verbesserung des Absatzes für deutsches Holz wird auch zu einer günstigen Beeinflussung der Preise führen, die zur Zeit nur etwa auf der Hälfte der Friedenspreise liegen.

Die „Deutsche Landpost“ über die Auslieferung

Das Zentralorgan des Bundes der Landwirte wendet sich in entschiedener Weise gegen die Komödie, welche die Parteiführer wegen der Auslieferung der „Führer“ treiben:

Diese Auslieferung ist keine gesamtdeutsche Sache, wie der „Tag“ jetzt der Öffentlichkeit weismachen will, sondern eine rein nationalsozialistische Parteisache, das haben die Herren wiederholt selbst erklärt und sich angeeignet. Immerhin sind die deutschen Regierungsparteien in klarer Erkenntnis ihrer nationalen Pflicht nicht einmal soweit gegangen, wie jener Führer der Nationalsozialisten, der wiederholt, zuletzt noch im September offen und mit vollem Boden erklärt hat, er würde als erster für seine eigene Auslieferung stimmen, dann aber, als es ernst wurde, sich die Sache überlegt und tapfer Reithaus nahm. Angeht es solchen „schlichten Volkstums“ haben die deutschen Regierungsparteien es für richtig befunden, an einem Akt nicht teilzunehmen, der in der deutschen Bevölkerung das Gefühl politischer Verfolgung hervorrufen würde.

Außerdem sind die deutschen Regierungsparteien überzeugt, daß die Auslieferung noch keine Verurteilung bedeutet, sondern den Auslieferungsbeteiligten bieten wird, ihre so oft beteuerte Aufrichtigkeit und Staatsloyalität bei Gericht darzutun und damit den Ueberden ein für allemal den gegen das Gesamtdeutschland ergehenden Vorwurf der Staatseindlichkeit und der Irredenta zu entkräften. Außerdem sieht zu hoffen, daß in diesem Prozeß die Beteiligten wiederum jene nationale Würde finden werden, deren Abhandeln ihnen und damit dem ganzen Deutschland in der schicksalhaften Defensivaktion bereits so unendlichen Schaden bereitet hat. Eins muß für heute gegenüber der Demagogie des „Tag“ mit aller Klarheit festgehalten werden: Das Schicksal aller Nationalität deutscher Schwäche und Würdelosigkeit haben in dieser Affäre nicht die deutschen Regierungsparteien, sondern die andern geliefert.

Schwelkenlieferungen für die Staatsbahnen.

Das Eisenbahnministerium beschloß in diesen Tagen weitere Lieferungen von Schwellen für das Jahr 1933. Die staatlichen Werke liefern insgesamt 296.188 Schwellen, die im Verband der Schwelkenproduzenten vereinigten privaten Firmen insgesamt 447.125 Schwellen. Von der Lieferung wurden keine Firmen ausgeschlossen, denen welche wegen des Verdachtes von Unregelmäßigkeiten ein Strafverfahren einleitet wurde. Die staatliche und forstbahnrussische Holzindustrie erhält somit eine Bestellung im Werte von 10 Millionen Kronen wodurch auch für längere Zeit Beschäftigung für die Arbeiterschaft beschafft wurde.

liebe, hatte einen Geliebten. Aber wie nun, wenn die Mutter über diesen Geliebten genau so hinwegsehen würden, wie damals über die Eltern, die doch ein viel mächtigerer Schutz des Kindes hätten sein müssen?

Aber würde ihr Geliebter überhaupt sie schützen? Sie rief sich ins Gedächtnis zurück, wie leicht er vorhin die Mitteilung von ihrer Schwangerschaft hingenommen hatte. Jetzt erkannte sie mit Sicherheit, daß er sich sogar bezugslos und roh benommen hatte. In derselben Minute, da sie von ihm beruhigt und getröstet sein wollte, forderte er Geld von ihr. Natürlich, sie liebte ihn, aber jetzt bezweifelte sie, daß er sie ebenso liebte. Er hatte sie mit den Moralansprüchen seiner Kreise gefüttert und dabei zu gleicher Zeit noch gerechnet auf die Lust, die sie ihm geben konnte, auf das Geld, das sie verdienen, auf die Zeit, die eine ihm unangenehme Situation lösen konnte. Ist das Liebe? Nein, er war ein Egoist. Wenn jetzt im nächsten Augenblick die Polizei kam, um sie vor Gericht zu holen, dann würde sie an ihm bestimmt keinen Schutz haben. Vielleicht würde er, der ja selbst ein zukünftiger Richter war, sie sogar verurteilen? Na, das würde er tun, sie fühlte es mit aller Klarheit.

Aber sie wollte nicht vor Gericht. Gericht, das war der Zwangsanwalt Schneise. Und die Polizei, das war der Wachtmeister Pubille. Und wenn ihre Personalien aufgenommen würden, wobei so viel herauskommen mußte, was sie allein tragen wollte, dann geschah das durch irgendeinen Funktionär Gottvertrau. Sie leuchtete in Angst. Um Gotteswillen nicht wieder in die Hände der Schneises und Pubilles und Gottvertraus fallen! Sie mußte fort, schleunigst, ehe der lange Arm von Polizei und Gericht wieder nach ihr griff.

In Leipzig würde sie ja nicht sicher sein. Man würde nach ihr suchen, würde sie finden. Also fort! Nach Berlin! Berlin war groß, dort war es ihr schon einmal geglückt, unbeachtet zu leben.

Aber sie hatte so gut wie kein Geld. Fast alles hatte sie Hans Jürgen gegeben. Suchte sie ihn erst um sich Geld zurückzubitten, dann gab sie der Polizei Zeit, sie zu finden, und es war fraglich, ob Hans Jürgen ihr Geld zurückgeben konnte. Oder ob er es zurückgeben wollte. Und sie wollte überhaupt nichts mehr mit ihm zu tun haben. Nur so schnell fort als möglich.

Sie nahm sich keine Zeit, sich ordentlich anzukleiden. Hastig und unordentlich warf sie Wäsche und Kleider in ihren kleinen Koffer und zählte ihr Geld. Ganze zwölf Mark besaß sie. Vielleicht würde sie sich auch wieder auf einem Kummelplatz zur Schau stellen. Zwar sagte sie sich, daß sie so vorläufig vom Gericht nicht viel zu fürchten hatte, da doch eine Zeugenvorladung noch keine Anklage bedeutet. Aber die Angst war doch zu groß. Auf dem Hauptbahnhofe gerante sie sich nicht, zum großen Eingang hineingehen, bangend, es könnten dort Polizisten bereitstehen, sie zu verhaften. Ihre Fahrkarte verlangte sie mit so schwacher Stimme, daß der Beamte am Schalter sie mehrere Male fragen mußte, ehe er verstand. Erst als der Jungmann über die Vororte hinausrollte, fühlte sie sich einigermaßen sicher.

Mit Furcht und Bangen, so wie sie Leipzig verlassen hatte, schlich Males sich auch in Berlin ein. Die vorangehende Nacht mit dem Studenten brannte noch in ihrem Blute. Sonst hätte sie sich vielleicht von einem der vielen, die sie ansprechen mitnehmen lassen. Wenn wäre sie zum „Dukel Franz“ gegangen, aber sie fand sich nicht zurecht. Unbekannte Straßen, unbekannte Anwesen. Sie schleifte sich von einer zur andern, müde bis zur Erschöpfung. Als Köfcherchen lag in der Spädaufwahrung am Anhalter Bahnhof. Sie fürchtete sich davor, es abzuholen. Wenn sie es in der Hand hätte, würde sie es vielleicht dem nächsten besten um ein paar Mark anbieten, und sie wollte sich nicht hinterher schämen, an einer Schwachheit zugrundegegangen zu sein.

Extra-Ausgabe

mit den Ergebnissen der

Reichstagswahl

geben wir am

Montag, den 6. März

mit dem Kopf

„Sozialdemokrat“

zum Preise von 50 Heller heraus. Das Blatt wird in den ersten Morgenstunden in den Orten sein. Bestellungen sind rechtzeitig an die Verwaltung unseres Blattes zu richten.

Die „noble Geste“ als Wahlschlager.

Ein beliebter Einwand gegen die Demokratie, der bei den vielen „Unpolitischen“, die doch in Wahrheit alle politischen Entscheidungen fällen, immer wieder vorfällt: daß sie zu teuer sei! Wie gerne wird vorgerechnet, was die Parlamente kosten! Ja, was in der Demokratie die Minister kosten, wird sogar gerne den parabolischen „Unpolitischen“ vorgerechnet. Denkt euch, wenn es keine Abgeordneten gäbe oder wenn die Abgeordneten keine Diäten bekämen und die Minister keine Bezüge — um wie vieles billiger wäre die Staatswirtschaft! Und die Kindlein, sie hören es gerne, und sie denken nicht nach und denken also auch nicht daran, daß die von Parlamenten nicht beeinflusste und von ihnen nicht kontrollierte Staatswirtschaft eben deshalb, weil sie allein Sache des Herrschers und seiner Beauftragten war, wesentlich teurer war. Und bedenken natürlich auch nicht, daß Abgeordnete und Minister notwendig sind, um auch Unbegüterten die Ausübung einer solchen Funktion zu ermöglichen... und daß deshalb die Demokratie seit jeher für die Ausschaltung von Diäten an Mitglieder gesetzgebender Körperschaften sich einsetzte.

Bei solcher Einstellung eines Großteils der Wählerschaft war vor ungefähr Jahresfrist die Ankündigung der Nationalsozialisten, ihre Reichstagsdiäten den Arbeitslosen zu geben, äußerst wirksam, wenn das Versprechen auch nie eingelöst wurde. Gerade jene Menschen, die nationalsozialistisch wählen, begnügen sich gerne mit Versprechungen, auch wenn diesen keine Laten folgen. Und nun hat der Oberst, nachdem er mit Hilfe und von Gnaden Hugenbergs und von Papen ins Reichskanzlerpalais eingezogen ist, die noble Geste seiner Mannen wiederholt, er hat erklärt, auf seine Bezüge als Reichskanzler zu verzichten, weil er keinen Lebensunterhalt durch schriftstellerische Arbeiten verdienen.

Vielleicht hält er sogar sein Versprechen — mit Hilfe des Allmächtigen, in dem er jetzt seinen Verbündeten sieht. Importierend ist es trotzdem nicht. Wie immer man seine Arbeit als Reichskanzler einschätzen mag — er soll doch als Reichskanzler arbeiten und tut er es, dann wird er für schriftstellerische Arbeiten kaum Zeit haben, es sei denn, er zählt die Verfassung von Regierungsaufgaben und das Gewähren von Interviews zu den schriftstellerischen Arbeiten. Sein Reichskanzlergehalt könnte immerhin als Bezahlung für eine Arbeit gewertet werden. — Erträge aus seiner Beteiligung am nationalsozialistischen „Eber-Verlag“ aber sind arbeitsloses Einkommen! Wirklich schriftstellerisch betätigt hat er sich doch nur einmal: als er den großen Wälzer „Mein Kampf“ schrieb — und dieses Buch gehört zu den in schlechtestem Deutsch geschriebenen. Daß es gerade deshalb hohe Auflageziffern erreichte, ist freilich begründet in der Besessenheit des Nationalsozialismus, die der des jetzigen Reichskanzlers entspricht.

Etwas voreilig dürften sich völkische Arbeitslose für die noble Geste des als Wahlschlager bestimmten Gehaltsverzichts Hitlers begeistern haben: das Geld soll nicht ihnen, sondern einem noch zu bildenden Kuratorium überwiesen werden, das die eingehenden Beträge an bedürftige Hinterbliebene erschossener Polizeibeamter und SA-Männer verteilen wird. Das Geld bleibt also gewissermaßen in der Partei und Hitler tut nicht mehr, als daß er Opfer der nationalsozialistischen Politik unterstützt. Erst dieser Tage wurden doch Nationalsozialisten „ausgeschlossen“, weil sie — Polizisten erschossen hatten.

Hitler konnte sich die noble Geste ersparen, wenn er, ohne dessen Willen seiner Behauptung nach nicht die kleinste Kleinigkeit in der Partei geschicht, seinen rauben Kriegern den Nord verbieten würde. Aber behördlich genehmigter Terror wirkt noch besser als die besten Wahlschlager und wenn der Terror nach Anlaß zu einer solchen Geste gibt, also den Wahlschlager erzeugt, dann ist auf diese beiden doch noch mehr Verlaß als auf die Hilfe des Allmächtigen!

Beim Aussehen der Eisenbahnen auf den tschechoslowakischen Staatsbahnen wurden auch jene Hilfsbedürftigen ausgeleert, welche nach § 135 der Regierungsverordnung 15/1927 auf die Stufe von Bediensteten in unfähigster Stellung gehoben wurden. Das Eisenbahnministerium hat nun entschieden, daß diese Vorrechte unrichtig war, und aufgehoben. Daß den erwähnten Hilfsbediensteten der entgangene Lohn nachgezahlt werde.

Tagesneuigkeiten

Ein Invalidenrentner erschlägt seine drei erwachsenen Kinder.

Trebnitz (Schlesien), 18. Feber. Eine furchtbare Mordtat ereignete sich in der Nacht zum Samstag im Dominium Striese. Der Invalidenrentner Paul Siebenthal hat seine beiden erwachsenen Söhne Otto und Richard und seine Tochter Emmy mit einem Beil erschlagen, das Haus, in dem die Familie wohnte, angezündet und sich dann in einer Scheune erhängt. Der Täter zeigte seit einiger Zeit Anzeichen geistiger Störung. Morgen wollte der älteste Sohn Richard heiraten und der Vater hatte gedroht, seine Kinder zu erschlagen, wenn es zu der Hochzeit kommen sollte. Die Frau des Täters und auch die Braut des Sohnes sind mit dem Leben davongekommen. Von dem Hause brannte der Dachstuhl ab.

Maschinengewehre und Confetti.

Roosevelts Heimkehr. New York, 18. Feber. Von dem Augenblick, da Roosevelt den Sonderzug in Jersey City verließ, bis zu dem Eintreffen bei seinem Hause in der 63. Avenue im Westen New Yorks, war der gewählte Präsident von Polizisten auf Motorrädern und in Automobilen umgeben. Auf einem dieser Automobile befand sich ein schußfertiges Maschinengewehr. Die Rückkehr Roosevelts gleich wie ein Berichterstatter sagt, der Bewillkommung eines siegreichen Helden. Tausende drängten sich in den Straßen, um Roosevelt zu begrüßen, und aus den Fenstern der Wolkenkratzer längs des Weges, den Roosevelt nahm, um in seine Wohnung zu gelangen, wurde er mit einem Confettiregen übergossen.

Miami, 18. Feber. (Reuter.) Der Gesundheitszustand der Frau Gill, die bei dem Attentat auf Roosevelt schwere Verletzungen davongetragen hatte, ist unverändert. Gestern wurde die zweite Bluttransfusion vorgenommen. Der Zustand des Bürgermeisters Cermat scheint weiter zufriedenzustellen.

Der Luftangriff auf den Mount Everest.

Die Flieger unterwegs. London, 18. Feber. Die britische Fliegerexpedition nach Indien, welche den Mount Everest überfliegen will, traf gestern spät abends auf drei kleinen britischen Flugzeugen in Sarjani ein. Für heute abends wird die Expedition in Nepal erwartet. Inzwischen werden die Vorbereitungen für den großen Vorstoß auf den höchsten Berg der Welt fortgesetzt und vier Mitglieder der britischen Expedition sind bereits aus Kalkutta in Dardschiling eingetroffen. Der Führer dieses Vorstoßes, Hugh Rutledge wird heute in Dardschiling erwartet.

Gewehre gehen rasch los . . .

Ein bulgarischer Unteroffizier von einer jugoslawischen Grenzwaache erschossen.

Sofia, 18. Feber. Blättermeldungen zufolge hat sich ein Unteroffizier der Grenzwaache an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze im Gebiet von Carvan, der vorgestern die einzelnen Wachposten in dem ihm zugewiesenen Abschnitt inspizierte, im Rebell verirrte und geriet so auf jugoslawisches Gebiet. Als ihn die serbische Grenzwaache bemerkte, begann sie gegen ihn zu feuern, ohne ihn jedoch, so melden die bulgarischen Blätter, vorher aufzufordern zu haben, stehen zu bleiben. Der bulgarische Unteroffizier wurde hierbei getötet. Die bulgarischen und serbischen kommandierenden Offiziere der betreffenden Abschnitte traten zusammen und verhandelten über den Grenzwachensfall. Sie unterzeichneten ein Protokoll, durch das der Zwischenfall liquidiert wird.

„Der Wunderdoktor“ von Weipert.

In Karlsbad ließ sich vor einiger Zeit der „Naturheilkundige“ Bartl aus Weipert, ein 23jähriger Burche, nieder, und eröffnete unter Benützung von Zeitungsanzeigen und mit Hilfe zahlreich versendeter Prospekte eine Praxis, die sich schon nach kurzer Zeit eines außerordentlichen Aufspruches erfreute. In den Prospekten griff Bartl die Karlsbader Ärzte in scharfer Form an und erklärte, unter dem Schutze der Karlsbader Bevölkerung zu stehen, die auch seinen „Kampf gegen die konfuzienwidigen Ärzte“ unterstützte. Er gab vor, alle Krankheiten heilen zu können, obwohl er nur zwei Arzneien verschrieb: einen gewöhnlichen Kräutertee und — gewöhnliche Erde, die er allerdings, da er für sie noch beträchtliche Beträge verlangte, mit Papierumschlägen verpackt und den Patienten so das Aussehen eines Medikaments gab. Schließlich interessierte sich die Polizei für den jungen Wunderdoktor aus Weipert und veranlaßte die chemische Untersuchung seiner beiden heilkräftigen Medikamente. Dadurch kam der Schwundel auf und Bartl, der für seinen Tee bis zu 25 Mark verlangte, obwohl er kaum 50 Pfennige wert war, und der gewöhnliche Erde, die er irgendwo im Garten grub, pro Paker mit 5 bis 10 Mark an den Mann zu bringen versah, wurde festgenommen und dem Gericht übergeben. Eine Ueberprüfung seines nur oberflächlich geführten Kräftebuches ergab, daß er innerhalb eines halben Jahres auf diese leichte Art mehr als 5000

Reichsmark eingenommen hatte. Interessant ist, daß der Betrüger eine ganze Reihe von Agenten beschäftigte, die für ihn tätig waren, und dafür 15 v. H. des Umlages erhielten. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Sommer-Dürre schon im Winter. Unser Blatt hat vor einiger Zeit die „Monatsschrift für Bürgerkunde“ des Staatsverlages scharfer, aber verdienter Kritik unterzogen, wie eine zustimmende Zuschrift sagt. Sie muß leider heute fortgesetzt werden. Der Nr. 1 des neuen Jahrganges durchsieht, der findet, daß sich das Blatt wohl nicht „verbessert“ hat — weil das nicht gut geht — aber auch nicht verbessert — wohl darum, weil auch das nicht „geht“. Der Inhalt des Heftes sei wieder durch die Ueberschriften der Beiträge angedeutet:

- Erziehung zum wirtschaftlichen Menschen. — Wirtschaftsmot und sozialer Ausgleich. — Arbeitslos. — Befindliches aus dem Goethejahr 1932. — Ueber die Betonung der Religion im Deutschen. — Der spezifische Erlebniswert der Geschichte. — Das Sachgebiet „M“ im Sprachunterricht. — Der neue Schreibrunterricht. — Die Personifikation.

Von diesen neun Beiträgen sind nur der zweite und der dritte warmherzig und für die Bürgerkunde im Sinne sozialer Erziehung brauchbar. Alle übrigen Aufsätze sind entweder abstrakt oder sie gehören nicht in die Monatschrift für Bürgerkunde, da sie den Sprach-, bzw. Sachunterricht betreffen. Abstrakter Erguß ist der Leitartikel des einen Schriftleiters Laurich; der Magdeburger Schulfachrat O. Kahlmeier bietet in seinem Goethe-Aufsatz z. B. folgende Definition, die klar beweist, daß er zum Ausbau unserer Bürgerkunde nichts beizutragen vermag: „Intellektualismus ist einseitige, überbetonte und überwertete Pflege des Intellekts auf Kosten der übrigen Seiten der Menschennatur, der körperlichen, der Gemüts- und Willensseite, der dunkeln Tiefenbrüste (!) des Irationalen in uns“. Der Lehrer versuche, mit derartigen Ergüssen der Bürgerkunde vor die Kinder zu kommen und er wird bestimmt statt „Belebung“ Schlafanwandlungen feststellen. Also auch im neuen Jahrgange „Sommer“-Dürre schon im Winter. Wir erheben wieder Einspruch und verlangen Abhilfe im Sinne unserer ersten Kritik. Warum ist der Name des „Chefredakteurs“ Prof. i. R. N. Sommer selten oder nicht zu lesen? Es scheint, daß er mehr „Schriftleiter“ — wobei er sich in der Auswahl verkleinert, als „Schriftsteller“. Er war doch Uebungsschullehrer — warum verfaßt er nicht gute methodische Beiträge über die Schlagworte des Lehrplans, sog. „Stundenbilder“? Er soll sein Licht nicht weiter unter den Scheffel stellen — oder die „Sommer“-Dürre des Blattes hört nie auf.

Minister für soziale Fürsorge Genosse Doktor Czoch und Justizminister Genosse Doktor Reichner empfingen am Dienstag, den 21. d. M. keine Besuche.

Eine deutsche Fassung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuches. Wie wir bereits wiederholt berichtet haben, steht die Tschechoslowakei vor einer Neuorganisation und Vereinheitlichung ihres bürgerlichen Rechtes. Die mit der Ausarbeitung des neuen Entwurfs beauftragte Kommission hat das Ergebnis ihrer Beratungen vor einiger Zeit fertiggestellt und der Entwurf wurde in tschechischer Sprache veröffentlicht. Nunmehr hat der Justizminister Dr. Reichner die Ausarbeitung einer deutschen Fassung des Entwurfs angeordnet und mit deren Abfassung den Professor der deutschen Universität in Prag, Herrn Dr. Egon Weiß, beauftragt. Der erste Band, welcher den Gesetzentwurf enthält, soll noch im Laufe dieses Sommers, der zweite Band, mit der Begründung dieses Entwurfs, noch im Laufe dieses Jahres fertiggestellt werden, worauf die deutsche Öffentlichkeit des In- und Auslandes Gelegenheit haben wird, zu den bedeutamen aus diesem Anlaß in Betracht kommenden Fragen Stellung zu nehmen.

Im Gedenken Rasins. Der zehnte Jahrestag des tragischen Todes des ersten tschechoslowakischen Finanzministers Dr. Alois Rasin wurde durch eine Gedenkfeier geehrt. Vor dem Hause, wo Dr. Rasin überfallen wurde, legten das Finanzministerium, der tschechoslowakische Nationalausgang und die tschechoslowakische Studentenschaft Kränze nieder. Die Bevölkerung Prags ehrte Rasins Andenken durch eine Minute Schweigen und durch das Ruhen des Verkehrs in allen Straßen der Stadt um 12.45 Uhr. Gleichzeitig flammten überall die Straßenlampen auf.

Keine Erleichterung für Steuerschuldner! Das tschechoslowakische Preßbüro teilt mit: „Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Nachrichten einiger Blätter über angeblich vorbereitete Erleichterungen für Steuerschuldner im Zusammenhang mit der Inveftitionsanleihe jedweder Grundlage entbehren und reine Kombinationen darstellen.“

Schwerer Unfall. Aus Riesenberg bei Döbegg wird uns berichtet: Auf dem Spitzberg waren Baumstämme zum Abtransport bereitgelegt worden, und einige Arbeiter waren damit beschäftigt, diese Stämme zum Befahren auf den Bodenplatz zu Gleiten. Einer dieser zum Teile mit Ästen überzogenen Baumstämme kam ins Gleiten, nahm noch einen zweiten mit, und

Mehr Milch — weniger Unfälle!

Statische Daten aus den Berichten der tschechischen Chemischen Industrie im Ufok, des Erzsilberverbandes, der bayerischen Baugewerksamer

Lebenskraft u. a. stellen fest, daß die Unfallhäufigkeit bedeutend herabgemindert wurde, wenn der Alkohol aus den Getränken verbannt und stattdessen der Genuß von Flaschenmilch eingeführt wurde. Der hohe Nährwert der Milch, ihr Gehalt an Aufbau- und Erhaltungstoffen machen sie bei verhältnismäßig niedrigem Preis, besonders Zwischenmahlzeiten sehr geeignet.

Die Arbeitsgemeinschaft gegen den Alkoholismus in der Tschechoslowakischen Republik hat anlässlich der Milchwoche ein Plakat herausgegeben, das vom Zentral-Gewerkschaftsrat des Ministeriums für soziale Fürsorge empfohlen, zum Ausbau in Fabrikräumen, Werkstätten, Bauhallen etc. bestimmt ist.

beide schwere Stämme saßen mit immer härter zunehmender Geschwindigkeit über den Gang hinab, durchbrachen einige Gatterzäune und glitten in rasendem Tempo auf die Driststraße. Unglücklicherweise passierte diese Stelle in diesem Augenblick gerade die Hausfrau W. W. W. W. W. Sie wurde von einem der Stämme so schwer getroffen, daß sie entsetzliche Verletzungen an beiden Beinen erlitt. Die ihre Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich machten.

Vor die Räder einer Lokomotive geworfen. Aus Joachimsthal wird uns gemeldet: Auf dem hiesigen Bahnhof ereignete sich bei der Einfahrt des Personenzuges Schladenerwerth-Joachimsthal ein aufregender Vorfall. Ein junges Mädchen sprang auf den Bahnkörper und warf sich vor die Räder der einjahren Lokomotive, dies geschah so überraschend, daß der Führer keine Möglichkeit hatte, abzubremsen. Infolgedessen wurde das Mädchen von den Rädern des nur mehr langsam fahrenden Zuges beiseitegeschoben, so daß es zwar schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen erlitt. Nach der Ueberführung ins Krankenhaus mußte der Lebensmüden der linke Fuß amputiert werden. Die Unglückliche ist die 14jährige Frieda Hammer, die Tochter eines Joachimsthaler Kaufmannes. Es ist nicht bekannt, welche Umstände sie zu ihre unglücklichen Tat veranlaßt haben.

44 Pokerspieler hockgenommen — in Wien. Gestern nachts drang die Polizei in den Spielraum des „Excelsior“-Klubs im 1. Wiener Bezirk ein und überraschte 44 Personen bei verbotenen Pokerspielen. Die Polizei beschlagnahmte die Kasse, in der sich 3000 Schilling befanden, und führte die 44 Pokerspieler der Polizeidirektion zum Verhör vor. Später wurden die Pokerspieler entlassen. Es wird gegen sie das Strafverfahren eingeleitet werden.

Von einem Auto überfahren. In der Nähe von Elbogen wurde Wenzel Schreier aus Granefau von einem aus Marienbad kommenden Automobil überfahren und so schwer verletzt, daß er im Elbogener Krankenhaus, wohin er vom dem Lenker des Kraftwagens gebracht worden war, nach kurzer Zeit verstarb.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

- Montag: Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 18.20 Deutsche Sendung: Prof. Gortl: Vom Wachstum der Entwicklung beim Tier und Mensch, 19.00 Englisch, 21.30 Klavierkonzert. — Wien: 17.10 Jugendlust, 18.25 Deutsche Sendung: Französisch, 19.25 Populäres Orchesterkonzert, 21.30 Balalaika-Konzert. — Nördl.-Ost: 10.10 Musik, 18.30 Deutsche Sendung: Die Romantigkeit der Sprachschicht. — Berlin: 20.20 Theaterbericht von Bogdad, Oper von Cornelius. — Röhlfeder: 17.00 Orchesterkonzert. — Hamburg: 17.30 Bilder aus einem Weltknoten. — Leipzig: 19.00 Volksmusik, 20.00 Sinfoniekonzert. — München: 18.25 „Figaros Hochzeit“, Oper von Mozart. — Dienstag: Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 18.20 Deutsche Sendung: Schallpl.; Pädagogische Vorträge, 19.50 Orchesterkonzert, 21.30 Sinfoniekonzert. — Brünn: 18.25 Deutsche Sendung: Landwirtschaft. — Berlin: 18.20 Abenteuerliche Volkswesen. — Breslau: 20.00 Bunt ist die Welt. — Leipzig: 19.15 Bericht aus Amerika. — München: 19.25 Chororgel, 21.30 Unterhaltungskonzert. — Wien: 18.40 Große Männer aus der Geschichte, 19.00 Orchesterkonzert.